

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

Inhalt:

- I. Aktuelles aus der Gesetzgebung
- II. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen
- III. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten
- IV. Aus unserem Verlagsprogramm

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

Eingetragene Lebenspartnerschaften sollen auch im hessischen Landesrecht berücksichtigt werden

Dem Landtag liegen derzeit insgesamt drei Gesetzentwürfe vor, mit dem das Institut der Eingetragenen Lebenspartnerschaft insgesamt im hessischen Landesrecht verankert werden soll:

- Gesetzentwurf der **Fraktion Bündnis90/Die Grünen** für ein Gesetz zur Gleichstellung von Lebenspartnerschaften im hessischen Landesrecht (LT-Drucks. 18/949 v. 8.7.2009)
- Gesetzentwurf der **Fraktion der SPD** für ein Gesetz zur Antidiskriminierung und zur Anerkennung eingetragener Lebenspartnerschaften im hessischen Landesrecht (LT-Drucks. 18/1048 v. 7.9.2009)
- Gesetzentwurf der **Fraktionen der CDU und der FDP** für ein Gesetz zur Anpassung der Rechtsstellung von Lebenspartnerschaften (LT-Drucks. 18/1405 v. 10.11.2009).

Die beteiligten Ausschüsse führen derzeit eine Verbändebeteiligung mit der Möglichkeit der schriftlichen Stellungnahme durch. Am 13.1.2010 findet dann im Landtag eine mündliche Anhörung dazu statt.

Allen Gesetzentwürfen ist gemein, dass das Institut der Eingetragenen Lebenspartnerschaft auch im hessischen Landesrecht anerkannt und umgesetzt wird. Geplant ist damit, die Eingetragene Lebenspartnerschaft u. a. auch in besoldungsrechtlicher Hinsicht anzuerkennen und damit die Zahlung des Familienzuschlags für Verheiratete vorzusehen (§ 40 Abs. 1 Nr. 1, 2 BBesG). Dass dies erst jetzt erfolgt, ist gleichwohl unverständlich. Das BAG hatte bereits mit Urteil v. 29.4.2004 (ZTR 2004, 519, 522) für den Geltungsbereich des BAT entschieden, dass im Falle der Eingetragenen Lebenspartnerschaft der Anspruch auf den Ortszuschlag der Stufe 2 gem. § 29 Abschn. B. Abs. 2 Nr. 1, 2 BAT zustand. Daraufhin hat das HMdLuS mit Rundschreiben v. 17.12.2004 (StAnz. 2005, S. 18) klargestellt, dass es generell damit einverstanden ist, dass „Angestellten in Eingetragener Lebenspartnerschaft künftig der Ortszuschlag der Stufe 2...“ gewährt wird. Für den Tarifbereich wirkt sich dies mit Blick auf die im Dezember 2009 vorzunehmende Überleitung vom BAT in den TV-H so aus, dass dieser Ortszuschlag in die Berechnung des Vergleichsentgelts eingeht und letztlich solange fortgeführt wird, wie dem Grunde nach der Anspruch besteht. Bei Beschäftigungsverhältnissen, die mit Wirkung ab dem 1.1.2010 begründet werden, spielt dies dann keine Rolle mehr, weil der TV-H dieses Instrument nicht mehr vorsieht.

Für den dienstrechtlichen Bereich wurde der Erlass des HMdLuS vom Dezember 2004 ausdrücklich nicht übernommen, weshalb dort unverändert die Situation besteht, dass im Falle des Vorliegens einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft kein Anspruch auf Familienzuschlag besteht. Dies soll jetzt durch die insoweit übereinstimmenden Gesetzentwürfe korrigiert werden.

Änderung des Hessischen Disziplingesetzes

Die Fraktionen von CDU und FDP haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Disziplingesetzes in den Landtag eingebracht

(LT-Drucks. 18/1403 v. 10.11.2009). Der Innenausschuss führt hierzu eine schriftliche Anhörung von Verbänden und Organisationen bis zum 4.1.2010 durch. In der Sache geht es (lediglich) darum, sicherzustellen, dass die bei Inkrafttreten des HDG am 28.7.2006 (§ 4 Satz 1 HDG) noch anhängigen Verfahren nach den Bestimmungen des bis dahin geltenden Rechts (= Hessische Disziplinarordnung) fortgeführt werden.

Mediatorenbericht zur Dienstrechtsreform vorgelegt

Am 3.12.2009 haben die im Jahre 2008 von der hessischen Landesregierung eingesetzten Mediatoren ihre Empfehlungen zu einer Dienstrechtsreform in Hessen vorgelegt. Der in der Langfassung insgesamt 19seitige Bericht listet zu den Themenfeldern Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht eine Reihe von Vorschlägen auf, die hier aus Platzgründen nicht im Einzelnen dargestellt werden können. (Sie finden aber eine Kurz- und eine Langfassung des Berichts unter www.rehmnetz.de/Personal/Beamtenrecht.html unter Fachbeiträge). In der Berichterstattung hat insbesondere die empfohlene Verlängerung der besonderen Altersgrenzen von 60 auf 62 Jahre für besonders belastete Berufsgruppen (Feuerwehr, Polizei und Justizvollzug) sowie die Anhebung der allgemeinen Altersgrenze von 65 auf 67 Jahre eine besondere Rolle gespielt.

Der Bericht enthält aber darüber hinaus noch weitere interessante Aspekte wie z. B. die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in das System von leistungsbezogenen Einkommensbestandteilen nach § 18 TVöD, der Mitnahmefähigkeit von Versorgungsansprüchen, der Umgestaltung der Besoldungstabelle, der Reduzierung der derzeit rd. 100 unterschiedlichen Laufbahnen auf dann noch rd. 30 und vieles andere mehr. Keine Aussage trifft der Bericht zu dem Problem der wöchentlichen Arbeitszeit. Aktuell handelt es sich lediglich um einen Bericht und nicht um einen Gesetzentwurf. Die Landesregierung wird jetzt den Bericht bewerten und daraufhin mit der Erarbeitung eines Gesetzentwurfes beginnen. Wann dieser vorgelegt wird, ist unklar. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass das

Gesetzgebungsvorhaben einen großen Teil des Jahres 2010 beherrschen wird.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB-Hessen haben Teile des Berichts kritisiert. So hat die Gewerkschaft ver.di erklärt, dass die „Verlängerung der Lebensarbeitszeit“ keine Reform sei. ver.di kritisiert weiter, dass der Bericht jeglichen Ansatz für die Schaffung eines einheitlichen Personalrechts im öffentlichen Dienst vermissen lässt. So soll es auch in Zukunft dabei bleiben, dass die Arbeitsbedingungen von Beamtinnen und Beamten einseitig durch den Dienstherrn geregelt werden können. ver.di hingegen hatte zusammen mit den anderen Einzelgewerkschaften im öffentlichen Dienst des DGB Hessen im Oktober diesen Jahres der Mediationsgruppe ein Konzept vorgelegt und aufgezeigt, wie auch im Beamtenbereich Tarifverträge geschlossen werden können.

II. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

Tarifvertrag über die Erschwerniszuschläge im Geltungsbereich des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Hessen

Für den Geltungsbereich des KAV Hessen e.V. besteht eine tarifvertragliche Regelung, die eine Weitergeltung der Regelung der Erschwerniszuschläge vorsieht, wie sie unter den Bedingungen des BAT bzw. des BMT-G II vereinbart war. Diese Regelung endet mit Ablauf des 31.12.2009, Nachwirkung ist nicht vereinbart. Die Gewerkschaft ver.di hat im September 2009 den KAV Hessen e.V. aufgefordert, Verhandlungen über die Verlängerung und Anpassung dieses Landesbezirkstarifvertrages Nr. 32/2008 v. 3.12.2008 (=Erschwerniszuschläge; HBR III Nr. 1291) aufzunehmen. Eine schriftliche Antwort steht noch aus. Eine formelle Vereinbarung noch in diesem Jahr erscheint wenig wahrscheinlich. Denkbar ist auch, dass eine Vereinbarung dahingehend getroffen wird, dass der Tarifvertrag über den 31.12.2009 hinaus Anwendung findet und nach Ende der Tarifrunde 2010 dann sowohl über eine sachliche Weitergeltung als auch über eine Dynamisierung der Beträge verhandelt wird.

III. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Ergänzungslieferungen. Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

Dezember:

215. Lfg. zur Gesamtausgabe = 58. Lfg. zu Teil I (Personalvertretungsrecht):
§§ 11-15, 50, 51 HPVG

Januar:

216. Lfg. zur Gesamtausgabe (Tarifrecht):
VBLS, TV-H, TVÜ-H, Pkw-Fahrer-TV-H, TV-EntgeltU-H, TVA-H BBiG, TVA-H Pflege, TV Praktikanten/Praktikantinnen

Februar:

217. Lfg. zur Gesamtausgabe = 105. Lfg. zu Teil IV (Beamtenrecht):
§§ 1-3, 5-9 HBG, PflichtstundenVO, ATZV, HBVAnpG 2009/2010, EZuIV, BMVergV, 2. BesÜV, Gewährung eines Zuschlags zu den Dienstbezügen bei begrenzter Dienstfähigkeit, HPoIVO, Hess. Lehrerbildungsgesetz, BKV, VO über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Beamtenversorgungsrechts, VO über die Disziplinarbefugnisse im Bereich der hess. Polizei, VO über Zuständigkeiten für die Bestellung der Beamtenbeisitzerinnen/-beisitzer im gerichtl. Disziplinarverfahren, ArbStättV, LärmVibrationsArbSchV, HEltZVO, Durchführung HARV, EntsRL, VorschussRL, WofR 2009

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

IV. Aus unserem Verlagsprogramm



Produkttipp

von Roetteken/Rothländer (Hrsg.)

Beamtenstatusgesetz

Kommentar



Herausgegeben von Dr. Torsten von Roetteken und Christian Rothländer.
Autoren Dr. Bernhard Burkholz, Jens Kohde und Dr. Torsten von Roetteken

Loseblattwerk in 2 Ordnern.
€ 129,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-0953-4

Das Beamtenstatusgesetz legt die Grundstrukturen für eine bundeseinheitliche Anwendung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten fest und verzichtet auf weitergehende Regelungen. Die Länder erhalten weitgehende Handlungs- und Gestaltungsoptionen für ihr Personal, um den unterschiedlichen Organisations- und Personalstrukturen Rechnung tragen zu können. Bundeseinheitlich sind nur noch die Grundstrukturen des Statusrechts geregelt. Damit bleiben die Einheitlichkeit des Beamtenrechts und die landesübergreifende Mobilität gewährleistet. Die Ausgestaltung und Umsetzung im Einzelnen regeln die Länder in eigener Verantwortung.

Das Loseblatt-Werk kommentiert ausführlich die einzelnen bundeseinheitlichen Vorschriften, so z. B.

- Geltungsbereich des Beamtenstatusgesetzes,
- Bestimmung der Dienstherrnfähigkeit,
- Wesen, Voraussetzungen, Rechtsform der Begründung eines Beamtenverhältnisses,
- Arten, Dauer von Beamtenverhältnissen,
- Ernennungsfälle, Nichtigkeits- und Rücknahmegründe,
- Bestenausleseprinzip unter Beachtung der Diskriminierungsverbote,
- Abordnungen und Versetzungen der Beamtinnen und Beamten zwischen den Ländern und zwischen dem Bund und den Ländern, Zuweisungen einer Tätigkeit bei anderen Einrichtungen und länderübergreifende Umbildung von Körperschaften,
- Voraussetzungen und Formen der Beendigung des Beamtenverhältnisses,
- statusprägende Pflichten der Beamtinnen und Beamten und Folgen der Nichterfüllung,
- wesentliche Rechte der Beamtinnen und Beamten,
- Spannungs- und Verteidigungsfall,
- Verwendung im Ausland.

Die Bezieher der Gesamtausgabe und der Teilausgabe IV zum HBR erhalten diesen neuen Kommentar im Rahmen ihres Abonnements.

[\[bestellen\]](#)



Produkttipps

Baßlspurger

Einführung in das neue Beamtenrecht

Mit den Neuregelungen durch das Beamtenstatusgesetz sicher umgehen

Internetausgabe

Halbjahrespreis für 3 Zugriffe € 24,50,
weitere Lizenzen auf Anfrage.

ISBN 978-3-8073-0128-0

Das Beamtenrecht ist durch viele abstrakte Rechtsbegriffe gekennzeichnet und in viele Gesetze und Verordnungen gegliedert, was die Umsetzung in die Praxis erschwert. Diese Einführung dient als Orientierungshilfe für die tägliche beamtenrechtliche Arbeit. So wird die Verflechtung von Beamtenstatusgesetz und LBG für die Anwender in allen Bundesländern deutlich.

- **Extrem praktisch:** Arbeitshilfen, wie z. B. Urkundenmuster, ergänzen die Informationen. Praktische Beispiele und Fälle weisen den Weg.
- **Leicht verständlich:** Grafiken, Übersichten und Schaubilder helfen, die Einzelprobleme und Zusammenhänge besser zu verstehen.
- **Schnell lesbar:** Die wichtigsten beamtenrechtlichen Grundsätze sind optisch hervorgehoben. Verweise führen direkt in die relevanten Normen.
- **Optimal erschlossen:** Sicheres und schnelles Navigieren durch eine übersichtliche Oberfläche, durchdachte Verlinkungen und gute Suchmöglichkeiten.



**Reinhören: das Interview mit Herrn
Dr. Baßlspurger zur Beamtenrechtsreform**
www.rehmnetz.de

[\[Testzugang anfordern\]](#)

v. Roetteken

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG



Loseblattwerk in 3 Ordnern
ISBN 978-3-7685-6602-5
€ 148,00 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz hat vielfältige Auswirkungen auf die Organisation öffentlicher Dienstleistungen und die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Der Kommentar gibt eine Hilfe bei der Anwendung des Gesetzes und bietet zugleich auch Anregungen, wo und wie Verbesserungen im Sinne von mehr Gleichberechtigung gemacht werden können.

Bei den ausführlichen Hinweisen zu allen Vorschriften des Gesetzes wird nicht nur die rechtswissenschaftliche Literatur ausgewertet, sondern auch die Rechtsprechung der Verwaltungs- und Arbeitsgerichte, des BVerfG und vor allem die weitreichende Judikatur des Europäischen Gerichtshofs.

[\[mehr Info\]](#)

Impressum:

R.v.Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: gudrun.schwarz@t-online.de
Tel. 0 61 45/3 43 96, Fax 0 61 45/3 42 71
Ihre Meinung ist uns wichtig!
Daher freuen wir uns immer über Kritik und Anregungen.

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollte ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2009, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg